



Festsetzungen durch Planzeichen

Nutzungsschablone

Sondergebiet
Anlage zur Stromerzeugung

Grundflächen
zahl (GRZ)

SO	Zweckbestimmung: Anlage zur Stromerzeugung aus Sonnenenergie Zulässig sind Kollektoren mit Unterkonstruktion, Betriebsgebäude, Übergabestation, Einfriedung	max. Höhe der Module 3,50m
0,50		

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungs- und Grünordnungsplanes; 40.419m²

Baugrenze für Module und Nebenanlagen (Wechselrichter, Trafohäuschen, Batteriespeicher etc.); 32.195m²

Umzäunung z.B. mit Maschendrahtzaun max. H=2,20m; 34.283m²

Entwicklung Extensivwiese mit eingelagertem Nasswiesenanteil Begrünung gemäß T 2.3 (Mähgutübertragung oder Regioleesaatgut); in den ersten 3 Jahren 3-malige Mahd pro Jahr, anschließende Pflege durch 2-malige Mahd pro Jahr, erster Schnitt nicht vor Mitte Juni, 2. Schnitt im Oktober; das Mähgut ist immer abzutransportieren, Innerhalb der Einzäunung ist eine Beweidung gefordert.
keine Düngung, kein Einsatz von Pestiziden, kein Einsatz von Schlegelmulchmähern;
Jährlich sind (wechselsnd) 20% der Fläche als Rückzugsbereich zu belassen; (rotierende Brachfläche)

Fläche zum Anpflanzen von Gehölzen; Pflanzung mit standortheimischen Gehölzen gemäß beigefügter Artenliste und Vorgaben in den textlichen Festsetzungen T2.4; Pflanzbreite: 3,00m

Absperribares Tor / Einfahrt, Breite max. 6,00m

Zufahrt mit Schotterterrassen, Breite max. 6,00m

Neu zu pflanzende Bäume lt. Artenliste und textliche Festsetzungen

Solarmodule, geplante Anordnung, Reihenabstand: mind. 3,90m

T1 Festsetzungen Städtebau

- T 1.1 Räumlicher Geltungsbereich
Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungs- und Grünordnungsplans umfasst die Teilfläche der Flur Nr. 1632 und das Flurstück Nr. 1668 der Gemarkung Titting und ergibt sich aus der Planzeichnung.
- T 1.2 Art der baulichen Nutzung
Sonstiges Sondergebiet für Anlagen zur Nutzung von Solarenergie gem. § 11 Abs. 2 BauNVO.
Zulässig ist die Errichtung einer Photovoltaikanlage sowie untergeordneter Nebenanlagen, die für den technischen Betrieb einer Photovoltaik-anlage erforderlich sind (Transformator, Wechselrichter).
- T 1.3 Maß der baulichen Nutzung, Bauweise
Maximale Modulhöhe 3,50m, Modulhöhe definiert sich ab OK Gelände bis OK Modul
Mindesthöhe der Unterkante der Module: 0,80m
Grundflächenzahl max. 0,50;
benötigte Gebäude sind bis zu einer Grundfläche von max. 50m² bei einer Wandhöhe von max. 3,00m zulässig.
Wandhöhen definieren sich ab OK Gelände bis Schnittpunkt Wand und Dachhaut
- T 1.4 Abstandsflächen
Die Abstandsflächen regeln sich nach Art. 6 BayBO, soweit sich nicht aus den Festsetzungen andere Abstände ergeben.

T 2.4 Gehölzpflanzungen und Pflegemaßnahmen
Das Sondergebiet wird mit einer 3,00m breiten 2-reihigen autochthonen Gehölzpflanzung lt. Pflanzliste an der Süd-, Nord- und Westseite eingegrünt. Für die festgesetzten Gehölzpflanzungen ist autochthones, zertifiziertes Pflanzmaterial gemäß eab aus dem Herkunftsgebiet 6.1 Alpenvorland zu verwenden. Die Pflanzen für die festgesetzten Gehölzflächen sind aus der nachfolgenden Liste auszuwählen.
Es sind folgende Mindestpflanzqualitäten zu verwenden: Sträucher: 3-5 Triebe, 60 - 100 cm. Die Sträucher sind jeweils gruppenweise in Gruppen von 2-5 Exemplaren je Art zu pflanzen. Der Baumanteil beträgt mind. 15%. Der Pflanzabstand beträgt 1,50 x 1,50m. Es sind mind. 3-5 Stück einer Art gem. Artenliste in Gruppen zu pflanzen.
Zum Schutz vor Wildverbiss ist die Pflanzung mit einem Wildschutzzaun zu versehen. Der Zaun ist 7 Jahre lang nach der Pflanzung dauerhaft funktionstüchtig zu erhalten und zu unterhalten. Danach verpflichtet sich der Betreiber, den Wildschutzzaun zu entfernen.
Die Pflanzung ist spätestens in der Pflanzperiode nach Errichtung der Anlage fertigzustellen. Die angestrebte Gehölzentwicklung ist durch geeignete Maßnahmen der Entwicklungspflege sicherzustellen. Die Gehölze sind in den ersten 10 Jahren (beginnend mit der Pflanzung) jährlich zu kontrollieren. Ausgefallene Sträucher sind in der nächsten Pflanzperiode durch die gleiche Strauchart und Herkunftsart zu ersetzen. Über die Kontrolle ist ein Bericht anzufertigen und der UNB am LRA anzufordern zu übersenden.
Ein planterartiger Rückschnitt der Hecke ist frühestens nach 10-15 Jahren im Einvernehmen mit der Unteren Naturschutzbehörde zulässig.
Die gesetzlich vorgeschriebenen Pflanzabstände zu landwirtschaftlichen Nutzflächen von 4m für Bäume und 2m für Sträucher ist einzuhalten.

T 2.5 Maßnahmenumsetzung
Die Durchführung der Pflanzmaßnahmen hat spätestens in der, an die Anlagenfertigstellung (=Beginn der Einspeisung), anschließenden Pflanz- bzw. Vegetationsperiode zu erfolgen (Pflanzungen vorzugsweise im Herbst und Ansaaten im Frühjahr). Verantwortlicher für die Maßnahmenumsetzung ist der Anlagenbetreiber.

T3 Sonstige Festsetzungen

- T 3.1 Landwirtschaft
Eine Verunkrautung der Fläche während der Nutzungsdauer der Photovoltaikanlage ist zu verhindern. Der Grünlandaufwuchs ist zu entfernen.
- T 3.2 Forstwirtschaft
Die Waldfläche südlich und östlich des Parkes ist dauerhaft zu erhalten, auch um eine zukünftige Blendung Verkehrs zu vermeiden.
- T 3.2 Wasserwirtschaft
Ein evtl. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (z.B. Öle im Bereich von Trafos und/oder der Wechselrichter) hat entsprechend den einschlägigen Vorschriften, insbesondere der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung VawS) zu erfolgen. Die Verwendung von chemischen Mitteln bei der Pflege von Modulen und deren Aufständungen ist nicht zulässig.
- T 3.3 Brandschutz
1. Zugänglichkeit: Sperrvorrichtungen zum Gelände und zu Gebäuden sind zulässig, wenn die Feuerwehr diese öffnen kann. Dies ist vom Betreiber mit der zuständigen Brandschutzdienststelle im Vorfeld abzustimmen. Es ist vom Betreiber sicherzustellen, dass im Schadensfall die Anlage stromlos geschaltet wird. Für eine gewaltlose Zugänglichkeit sollte in Absprache mit dem zuständigen Sachversicherer und der örtlichen Feuerwehr ein Feuerwehrschlüsseldepot Typ 1 (nicht VdS anerkannt) am Zufahrtstor vorgesehen werden.
2. Zugänge und Zufahrten auf den Grundstücken: Hier gelten die Vorgaben der BayBO, Art. 5 in Verbindung mit den Richtlinien über "Flächen für die Feuerwehr auf Grundstücken" (DIN 14090; Fassung 02/2007). Die baulichen Anlagen (z.B. Trafostationen) müssen für Fahrzeuge bis 16 t (Achslast 10 t) über befestigte Straßen und Wege erreichbar sein.
3. Ansprechpartner: Um einen Ansprechpartner im Schadensfall erreichen zu können, muss am Zufahrtstor deutlich und dauerhaft die Erreichbarkeit eines Verantwortlichen für die Anlage angebracht sein und der örtlichen Feuerwehr mitgeteilt werden.
- T 3.4 Durchführungsvertrag
Gem. § 12 BauGB sind Vorhaben im Sondergebiet nur zulässig, zu denen sich der Vorhabensträger im Durchführungsvertrag mit der Gemeinde verpflichtet.
Eine nachträgliche Änderung des Durchführungsvertrages ist zulässig.
- T 3.5 Bayernwerk AG
Der Schutzbereich der 20-kV-Freileitungen beträgt in der Regel beiderseits zur Leitungssache je 10 m. Aufgrund geänderter technischer Gegebenheiten können sich gegebenenfalls andere Schutzbereichbereiche ergeben. Hinsichtlich der, in dem angegebenen Schutzbereich bestehenden, Bau- und Bepflanzungsvorhaben jeder Art der Bayernwerk AG rechtzeitig zur Stellungnahme vorzulegen sind. Dies gilt insbesondere für Straßen- und Wegebaumaßnahmen, Ver- und Entsorgungsleitungen, Kiesabbau, Aufschüttungen, Freizeit- und Sportanlagen, Bade- und Fischgewässer und Aufforstungen.
Für die Beschädigung der Solarmodule durch eventuell von den Leiterseilen herunterfallende Eis- und Schneelasten wird von Seiten der Bayernwerk AG keine Haftung übernommen. In den Mastbereichen und unter den Leiterseilen muss unter Umständen auch mit Vogelkot gerechnet werden. Der Schattenwurf von Masten und der überspannenden Leiterseile ist vom Betreiber der Photovoltaikanlage zu akzeptieren.
Dies gilt auch bei einer Anpassung/Erneuerung von Masten, die eine Änderung der Höhe bzw. der Grundabmessungen des Mastes bedingen und ggf. eine auftretende Änderung des Schattenwurfes verursachen.
Mastnahbereich:
- Um den Betrieb der Mittelspannungsleitung (einschl. Wartung, Inspektion und Instandsetzung) zu gewährleisten, muss ein Radius von mindestens 5,00 m um Masten, gemessen ab Mastmittelpunkt, sowie der Bereich unter den Traversen, von einer Bebauung freigehalten werden. Ein geringerer Abstand ist mit Bayernwerk AG abzustimmen.
- Der ungehinderte Zugang sowie die ungehinderte Zufahrt zu den Masten muss, jederzeit, auch mit Lkw und Mobilkran gewährleistet sein. Deshalb ist eine entsprechend breite Zufahrt vorzusehen.
- Befindet sich der Mast innerhalb der Umzäunung, ist für Wartung und Reparaturarbeiten am Eingangstor der PV-Anlage ein Schlüsseltesor zu installieren. Die Kosten trägt der Betreiber der PV-Anlage. Den Schlüsselzylinder stellt die Bayernwerk Netz GmbH. Alle möglichen Bewegungen der Leiterseile, sowie jede Bewegung oder Verlagerung, jedes Ausschwingen, Wegschneellen oder Herunterfallen von Gegenständen, die bei der Arbeit benutzt werden, sind in Betracht zu ziehen.
Anpflanzungen innerhalb des Schutzbereiches der Freileitung sind nur mit einer maximalen Aufwuchshöhe von 2,5m erlaubt. Abgrabungen im Mastbereich können die Standsicherheit des Mastes gefährden und sind nur mit Einverständnis der Bayernwerk AG möglich. Die Standsicherheit der Freileitungsmaste und die Zufahrt zu den Standort muss zu jeder Zeit gewährleistet sein. Dies gilt auch für vorübergehende Maßnahmen. Die "Sicherheitshinweise für Arbeiten in der Nähe von Kabel-, Gas- und Freileitungen" sind zu beachten.

T 3.6 Lärmemissionen
Wechselrichter und andere Einrichtungen von denen Lärmemissionen ausgehen können wie Trafogebäude etc. Sind an der von Wohnbebauung abgewandten Seite (Süd und Westseite) zu errichten, um Lärmemissionen zu vermeiden. Zudem sind Lärmarme Anlagen einzusetzen um die erf. Orientierungswerte nach DIN 18005 Beiblatt 1 einzuhalten. Diese betragen in Dorf/Mischgebieten im Außenbereich tagsüber 60 db(A) und nachts 45 db(A). Anfahrten zur Anlage nach der Fertigstellung haben tagsüber ab 8:00 zu erfolgen.

T 3.7 Blendschutz
Das Blendschutzgutachten ist Bestandteil des Bebauungsplans.
Der Blendschutz wird durch die Veränderung der Reihenanordnung gem. dem Blendschutzgutachten eingehalten.

T 3.6 Lärmemissionen
Wechselrichter und andere Einrichtungen von denen Lärmemissionen ausgehen können wie Trafogebäude etc. Sind an der von Wohnbebauung abgewandten Seite (Süd und Westseite) zu errichten, um Lärmemissionen zu vermeiden. Zudem sind Lärmarme Anlagen einzusetzen um die erf. Orientierungswerte nach DIN 18005 Beiblatt 1 einzuhalten. Diese betragen in Dorf/Mischgebieten im Außenbereich tagsüber 60 db(A) und nachts 45 db(A). Anfahrten zur Anlage nach der Fertigstellung haben tagsüber ab 8:00 zu erfolgen.

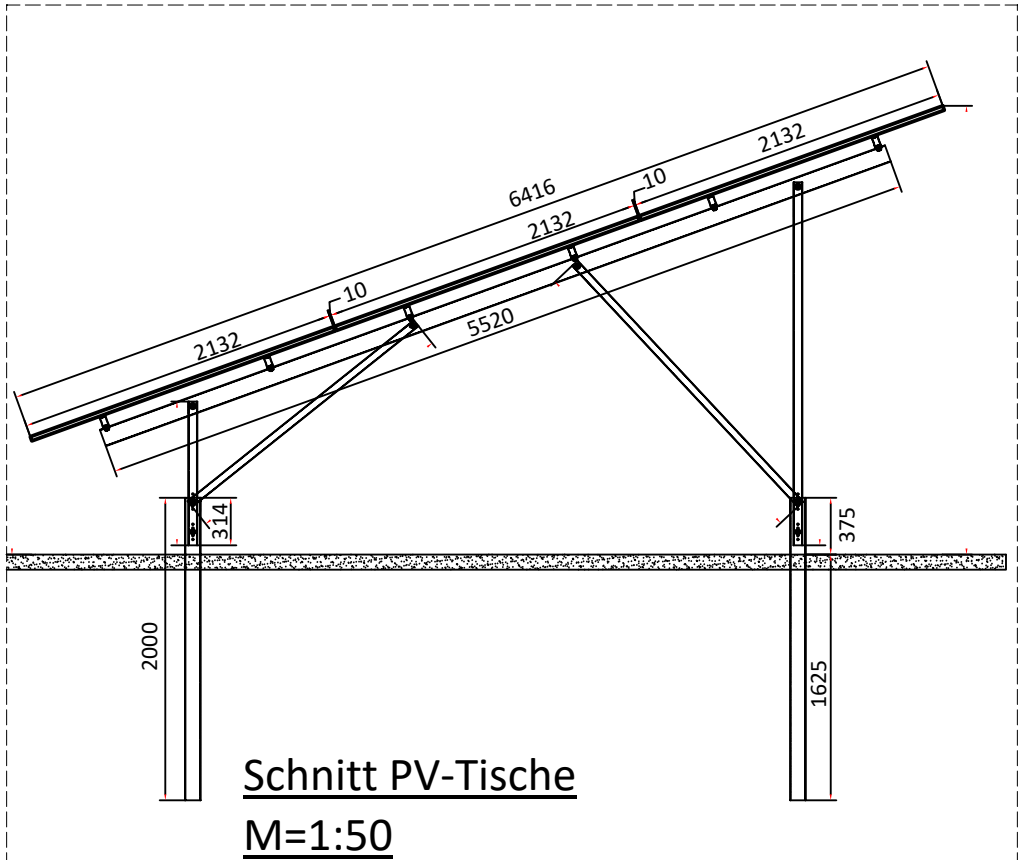
T 3.7 Blendschutz
Das Blendschutzgutachten ist Bestandteil des Bebauungsplans.
Der Blendschutz wird durch die Veränderung der Reihenanordnung gem. dem Blendschutzgutachten eingehalten.

T4 Hinweise

- T 4.1 Landwirtschaft
Der Betreiber grenzt an landwirtschaftliche Nutzflächen an und hat deshalb Emissionen, Stein-schlag und mögliche Verschmutzungen aus der Landwirtschaft (z.B. Staub) entschädigungslos hinzunehmen. Eine Haftung der angrenzenden Landbewirtschafter ist ausgeschlossen. Dies kann in Form einer Haftungsfreistellung geschehen, in welcher der Betreiber für sich und seine Rechts-nachfolger auf jeglichen Haftungsanspruch verzichtet, sofern infolge von landwirtschaftlichen Emissionen Schaden am Solarpark entstehen.
- T 4.2 Forstwirtschaft
Der Betreiber grenzt an forstwirtschaftliche Nutzflächen an und hat deshalb Emissionen, Stein-schlag und mögliche Verschmutzungen aus der Forstwirtschaft entschädigungslos hinzunehmen. Eine Haftung der angrenzenden Forstbewirtschafter ist ausgeschlossen. Dies kann in Form einer Haftungsfreistellung geschehen, in welcher der Betreiber für sich und seine Rechts-nachfolger auf jeglichen Haftungsanspruch verzichtet, sofern infolge von forstwirtschaftlichen Emissionen Schaden am Solarpark entstehen. Auch bei Baumfall auf den Solarpark ist eine Haftung des Forstbewirtschafters ausgeschlossen.

Auswahlliste zu autochthonen Gehölzen:

Sträucher		Bäume, Hei, 2x verpflanzt, ohne Ballen, 150-200cm	
Berberis vulgaris	Berberitze	Acer campestre	Feldahorn
Cornus sanguinea	Gew. Roter Hartnagel	Carpinus betulus	Hainbuche
Corylus avellana	Hasel	Malus sylvestris	Holzappel
Crataegus laevigata	Zweigriffliger Weißdorn	Prunus avium	Vogel-Kirsche
Euonymus europaeus	Pfaffenhütchen	Pyrus pyrastor	Wildbirne
Ligustrum vulgare	Gew. Liguster	Quercus robur	Stiel-Eiche
Lonicera xylosteum	Gew. Heckenkirsche	Sorbus aucuparia	Eberesche
Prunus spinosa	Schlehe		
Rhamnus cathartica	Kreuzdorn		
Rosa canina	Hunds-Rose		
Salix caprea	Sal-Weide		
Salix purpurea	Purpur-Weide		
Sambucus nigra	Schwarzer Holunder		
Sambucus racemosa	Trauben-Holunder		
Viburnum lantana	Wolliger Schneeball		
Viburnum opulus	Wasserschneeball		



Präambel

Die Marktgemeinde Titting erlässt aufgrund §§ 1a, 2.9 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB), Art. 81 der Bayerischen Bauordnung (BayBO), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung BauNVO), der 5. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung PlanZV) und Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) jeweils in der am Tage des Satzungsbeschlusses geltenden Fassung diesen Bebauungsplan als Satzung.

Verfahrensvermerke

- Der Marktgemeinderat hat in der Sitzung vom gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "SO PV-Anlage Titting-Kothingrüb" beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am ortsüblich bekannt gemacht.
- Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung für den Vorentwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom hat in der Zeit vom bis stattgefunden.
- Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB für den Vorentwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom hat in der Zeit vom bis stattgefunden.
- Zu dem Entwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom bis beteiligt.
- Der Entwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom wurde mit der Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom bis öffentlich ausgelegt.
- Zu dem Entwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a Abs. 3 BauG i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom bis erneut beteiligt.
- Der Entwurf des Bebauungsplanes i. d. F. vom wurde mit Begründung gem. § 4 a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom bis erneut öffentlich ausgelegt.
- Der Marktgemeinderat hat mit Beschluss vom den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "SO PV-Anlage Titting-Kothingrüb" gem. § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom als Satzung beschlossen.

Titting, den

Helmut Willmerding (Erster Bürgermeister)

9. Ausgefertigt

Titting, den

.....

Helmut Willmerding (Erster Bürgermeister)

10. Der Satzungsbeschluss zu dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan "SO PV-Anlage Titting-Kothingrüb" wurde am gem. § 10 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan wird seit diesem Tag zu den üblichen Dienststunden beim Markt Titting zu jedermanns Einsicht bereitgehalten und über dessen Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten. Auf die Rechtsfolgen des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB und die §§ 214 und 215 BauGB wurde in der Bekanntmachung hingewiesen.

Titting, den

Helmut Willmerding (Erster Bürgermeister)

Vorhabenbezogener Bebauungs- und Grünordnungsplan "SO PV-Anlage Titting-Kothingrüb"

Entwurfsverfasser: Planungsbüro Nicolay Heidestraße 21 94060 Pocking	Anlage 2 Maßstab: 1:1.000 Stand: 23.01.2024
---	---

Gemeinde:
Markt Titting
Marktplatz 10
94104 Titting